Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 02.11.2026

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Anerkannte auszahlbare Steuergutschrift» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben (KR-Nr. 272/2023). Mit dem Postulat von FDP, SVP und GLP wurde der Regierungsrat eingeladen, Steuergutschriften für Unternehmen zu prüfen, die der OECD-Mindestbesteuerung unterstehen.

Der Kantonsrat hat einen Beitrag von 2,12 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Stiftung für Archäologie und Kulturgeschichte im Kanton Zürich (STARCH) für das Projekt «Seeb XXI. Von der Ruine zum Freilichtmuseum – Aufwertung des Gutshofs Seeb» ohne Gegenantrag genehmigt (6112). Der Gutshof in der Gemeinde Winkel ist eine der wenigen konservierten römischen Ruinen im Kanton Zürich. Die Stiftung will aus dem im Jahr 50 n. Chr. gegründeten Gutshof einen Erlebnisort machen.

Der Kantonsrat hat mit 89 zu 84 Stimmen die Motion betreffend «Ermöglichung unterschiedlicher Steuerfüsse für natürliche und juristische Personen auf Gemeindeebene» von FDP, SVP und Mitte überwiesen (KR-Nr. 207/2024). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre. Mit der Motion wird gefordert, dass Gemeinden für Privatpersonen und Unternehmen unterschiedliche Steuerfüsse festlegen können. Damit sollen sie mehr Spielraum erhalten, um ihre steuerliche Attraktivität als Standort für Unternehmen zu verbessern.

Der Kantonsrat hat das ursprünglich als Motion eingereichte Postulat betreffend «Open-Source für den Kanton Zürich analog Art. 9 EMBAG» von SP, FDP, GLP, Grüne, Mitte und EVP diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 391/2024). Mit dem Vorstoss wird verlangt, dass der Quellcode von Software, welche die kantonalen Behörden entwickeln oder entwickeln lassen, grundsätzlich öffentlich zugänglich gemacht wird.

Der Kantonsrat hat mit 123 zu 52 Stimmen die Motion betreffend «Steuerliche Gleichbehandlung der Eltern volljähriger Kinder in Erstausbildung» von GLP und FDP abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass getrennt besteuerte Eltern volljähriger Kinder in Erstausbildung steuerlich gleichbehandelt werden (KR-Nr. 65/2025). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 116 zu 49 Stimmen die Motion betreffend «Steuerliche Gleichbehandlung der Eltern bei alternierender Obhut» von GLP und FDP abgelehnt, mit der eine gerechtere steuerliche Behandlung von getrennt besteuerten Eltern gefordert wurde, die sich die Betreuung ihrer minderjährigen Kinder teilen (KR-Nr. 66/2025). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 95 zu 76 Stimmen das Postulat betreffend «Strategie für die Beteiligung an der Schweizerischen Nationalbank» von Grünen, AL und CSP abgelehnt, mit dem gefordert wurde, der Regierungsrat solle eine Eigentümerstrategie für die Beteiligung des Kantons an die Nationalbank festlegen, welche insbesondere die kantonalen Klimaziele und den Schutz der Biodiversität berücksichtigen soll (KR-Nr. 91/2025). Das Geschäft ist damit erledigt.

(nic.)

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch